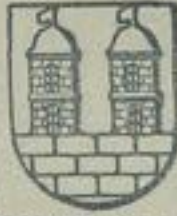


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den gew. Tag. Besondere: Bei Abholung in den Bezugsstellen und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. In der Woche 15 Pf. Alle Postämter sind an den Bezugsstellen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats in Wilsdruff, Forstrentamts Charandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 218. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, 17. September 1926.

Die neuen Ratsmitglieder.

Die Ratswahlen in Genf.

Ein Protest Uruguays.

In Genf wurden am Donnerstag die neuen nichtständigen Ratsmitglieder gewählt. Der Wahlakt, der geheim war, bestand im ganzen aus fünf Wahlgängen. Aus dem ersten Wahlgang, in dem die neun nichtständigen Ratsmitglieder zur Wahl standen, gingen fünf der zu wählenden neun nur acht Staaten als gewählt hervor, so daß ein zweiter Wahlgang für den neunten nichtständigen Ratsposten nötig wurde. Die acht im ersten Wahlgang gewählten Ratsstaaten sind Kolumbien, Polen, Chile, Salvador, Belgien, Rumänien, Holland und China. Die absolute Mehrheit, die für die Zuteilung eines nichtständigen Ratsmitglieds entscheidend war, betrug, da im ganzen 49 Stimmen vorhanden waren, 25. Es entfielen außerdem auf die Tschechoslowakei 23, Perien 20, Portugal 16, Finnland 14, Island 10, Uruguay 9, Dänemark, Spanien, Estland und Kanada je 2 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde die Tschechoslowakei mit 27 von 49 Stimmen als neuntes nichtständiges Ratsmitglied gewählt. Finnland erhielt 11, Portugal 7, Island 4 Stimmen.

Nach der Wahl der Tschechoslowakei zum neunten nichtständigen Ratsmitglied wurde ein Schreiben von Uruguay verlesen, das im wesentlichen auf einen Protest gegen das Verfahren hinausläuft, mit welchem die Gruppe der lateinamerikanischen Nationen sich von vornherein auf eine Kandidatenliste aus ihrer Mitte geeinigt und festgelegt hatte. Das Schreiben führt dabei aus, daß es sich in diesem besonderen Fall nicht nur darum handelt, unter sich in unverbindlichen Vorbesprechungen eine gewisse Übereinstimmung herbeizuführen, sondern, daß man unter Ausnutzung des Einflusses dieser Kontinentalgruppe der übrigen Besonntung diese Kandidatenliste als offizielle Liste überreicht und damit eine Zwangnahme habe. Als Protest gegen dieses Verfahren, das zu einer Bildung besonderer Gruppen im Völkerbund führen müsse und überdies im vorliegenden Fall eine ganze Reihe zurzeit nicht oder noch nicht im Völkerbund vertretenen lateinamerikanischen Staaten präjudiziere, ziehe Uruguay förmlich seine Kandidatur auf einen Ratspost zurück.

Im dritten Wahlgang wurde darüber abgestimmt, welche Mächte für eine Dauer von drei Jahren in den Rat gewählt werden sollten. Die meisten Stimmen, nämlich je 10, vereinigten sich auf Polen, Chile und Rumänien. Im vierten Wahlgang wurden zu zweijährigen Mitgliedern Kolumbien, Holland und China gewählt, während der Rest der nichtständigen Ratsmitglieder, also Belgien, San Salvador und die Tschechoslowakei, dem Völkerbundrat ein Jahr lang angehören, also schon im nächsten Jahr ersetzt werden.

Polen wiederwählbar.

Ein fünfter Wahlgang erwies sich als notwendig, da Polen, wie es nach dem neuen Ratsstatut zulässig ist, einen Antrag auf Wiederwählbarkeit nach Ablauf seines dreijährigen Mandats gestellt hatte. Diefem Antrag Polens wurde mit 36 von 48 Stimmen entprochen. Auch Deutschland hat für den Antrag ge-

stimmt. — Der polnische Botschafter in Berlin, Ujzowski, ist vom polnischen Minister des Äußern nach Genf berufen worden.

Der erweiterte Völkerbundsrat.

Nun herrscht ja bei der Tagung des Rats das sog. „liberum veto“, d. h. die Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden. Das hat seine großen Nachteile — man denke z. B. an das deutsche Bemühen, die Grenzen zu berichtigen oder die Rechte der deutschen Minderheiten im Ausland geltend zu machen u. a. —, hat aber auch große Vorteile für uns, da wir uns unangenehme Beschlüsse verhindern können. Denn wir sind, durch die Erfahrungen der Jahre belehrt, nicht so optimistisch zu glauben, daß die Nachkämpfe in der Welt an der Türschwelle des Völkerbunds haltmachen werden. Gerade infolge der Vermehrung der Ratsmitglieder werden sich leichter Parteien, Gruppierungen bilden und dabei insbesondere unerfreulich, daß gerade jene zwei Mächte ausgehoben sind, mit denen wir in verhältnismäßig guten Beziehungen stehen. Weniger erfreulich ist, daß die kleine Entente zwei Sitze innehat, zusammen mit Polen also der Südosten und Osten Europas sehr reichlich vertreten ist, während ja von den ehemaligen Mittelmächten nur Deutschland einen Sitz innehat. Bei den gewaltigen Einflußmöglichkeiten, die gerade dem Völkerbund den ehemaligen Mittelmächten gegenüber zusehen — und Danzig scheint jetzt unter die finanzielle Kontrolle des Völkerbundes gezwungen werden zu sollen —, erwächst dadurch Deutschland eine große Aufgabe. Unvergessen bleiben die heftigen Anklagen, die im vergangenen Jahre der ungarische Delegierte im Völkerbund gegen die Art richtete, in der dieser Bund mit Ungarn verfuhr.

Mit den Wahlen zum Völkerbundrat ist nun auch äußerlich der Kampf zu Ende, der sich an den deutschen Eintritt knüpfte und der auch in der deutschen Innenpolitik eine so große Rolle gespielt hat. Betrachtungen nach rückwärts gerichtet anzustellen, hat also wirklich keinen Zweck mehr, sondern das Urteil über die Beurteilung hat sich längst nur darauf zu beziehen, ob Deutschland im Völkerbund etwas erreicht von den Erwartungen, die es an seinen Eintritt knüpfte.

Mit der Neuwahl der nichtständigen Ratsmitglieder im Völkerbund ist ein weiterer Akt des diplomatischen Kampfes in Genf beendet. Aus der durcheinanderwogenden Handlung ist nun dieses Kompromiß entstanden, das nicht bloß die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerbunds um drei vermehrte, sondern auch das Recht der Wiederwählbarkeit schuf, d. h. also den Rat sehr wesentlich hinsichtlich seiner Zusammensetzung veränderte. Deutschland hat sich zu ursprünglichen Bedingungen gegen jede Veränderung gewehrt, aus politischen Gründen sowohl wie aus dem einfachen Bedenken heraus, daß bei einer Vermehrung der Ratsmitglieder der ganze Apparat viel zu unübersichtlich wird; ist doch jetzt jede Schranke fortgerissen dagegen, daß nicht jederzeit neue Mitglieder hineingewählt werden können, wenn sie nur ihren wirklichen und vermeintlichen Anspruch recht hartnäckig verteidigen.

Die Seuchengefahr in Europa.

Typhus, Cholera, Pest.

Nach den amtlichen Mitteilungen sind in Hannover bisher 37 an Typhus Erkrankte an den Folgen dieser Krankheit gestorben. Der Krankenzugang ist dagegen etwas schwächer. Es sind 1259 Personen in Behandlung, 547 Männer, 535 Frauen und 177 Kinder. Aber die Ursache der Typhusepidemie sagt Medizinalrat Freiherr v. Wahren-

hof aus Berlin, der an dem Bericht mitgearbeitet hat, der vom Wohlfahrtsministerium herausgegeben worden ist, daß die Feststellung, die Erkrankungen seien durch im Leitungswasser enthaltene Typhuskeime hervorgerufen worden, vollständig einwandfrei durch Beweise bestätigt worden ist.

Paratyphusfälle in Fulda und Umgebung.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind in Fulda und Umgebung einige Fälle von Paratyphus festgestellt worden. Die Erkrankten sind sämtlich in dem Landkrankenhaus in Fulda untergebracht worden.

Der Typhus in Mähren.

In letzter Zeit tritt der Typhus in verschiedenen Orten Mährens in bedrohlichem Umfange auf. Betroffen sind besonders die Olmützer und die Proßnitzer Gegend.

Choleraepidemie in Litauen.

Nach einer Meldung der „Litauischen Rundschau“ aus Schaulen ist in Seduva die Cholera ausgebrochen. 300 Personen sind erkrankt.

Pestfälle in Liverpool.

An Berliner amtlichen Stellen sind Nachrichten eingetroffen, wonach in Liverpool zwei Pestfälle vorgekommen sind, von denen einer tödlich verlaufen ist. Die Ansteckung soll von einem im dortigen Hafen beschäftigten Wächter ausgegangen sein. Um einem Übergreifen auf deutschen Boden von vornherein zu begegnen, hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß den aus Liverpool kommenden Schiffen verschärfte Aufmerksamkeit zugewendet wird.



Das verseuchte hannoversche Wasserwerk Nidlingen.

Leistungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

Beförderungszahlen aus dem August 1926.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit, daß die Anforderungen an den Gütertransport der Reichsbahn weiter gestiegen. Arbeitstäglich betrug die Mehranforderung durchschnittlich 4800 Wagen, das ist eine Zunahme von 3 1/2% gegenüber dem Vormonat. Diese Verkehrssteigerung entfällt in der Hauptsache auf den wegen des englischen Bergarbeiterausstandes immer noch lebhaften Kohlenabfuhr, vor allem nach dem Auslande, und in geringerem Umfang auf härteren Versand von künstlichen Düngemitteln, Kartoffeln, Getreide und Baustoffen. Die werktägliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet überstieg mit 396 000 Tonnen die Höchstleistung vor dem Kriege (389 500 To. im Jahre 1913) um 1,7%. Dementsprechend wurden an der Ruhr im August 1926 arbeitstäglich 29 727 Wagen gestellt. Die Abbeförderungen aus Oberschlesien sind hinter den Mengen des Vormonats zurückgeblieben, weil die Ausfuhr nach den Seehäfen um 150 000 Tonnen zurückging.

Der Fischverkehr erholte sich. So gingen in Bremermünde und in Bremerhaven 163 000 Zentner ein (im Vormonat 109 700 Zentner). Der Versand von Kali stieg hauptsächlich unter dem Einfluß drohender Preissteigerung um mehr als 50%. Auch der Stickstoffverkehr gestaltete sich infolge der noch für August gültigen hohen Bezahlungsvergütung reger. Der Versand von Baustoffen war wegen der verstärkten Bautätigkeit lebhafter. Der Personenverkehr gestaltete sich auch im Berichtsmonat weiter lebhaft. Insgesamt wurden im August 5155 Züge gegen 5374 im Vormonat über Plan gefahren. Im Monat Juli 1926 betrug die Einnahmen 410 595 000 Mark, die Ausgaben 400 951 000 Mark. Nach Deckung der entstandenen Ausgabeverpflichtungen verblieb im Juli 1926 erstmalig für das Geschäftsjahr 1926 eine Mehreinnahme, die jedoch erheblich geringer ist als der Überschub im Juli 1925. Sie dient zum Ausgleich der in schlechteren Verkehrsmonaten entstehenden Mehrausgaben. Die monatliche Zahlung für den Reparationsschuldverschreibungsdienst wurde geleistet.

Beginn des Schröder-Prozesses.

Massenandrang zu den Verhandlungen.

§ Magdeburg, 16. September. Mit besonderem Interesse sah man allgemein dem Beginn des Magdeburger Prozesses entgegen, hatte doch die Nordaffäre Helling wochenlang in ganz ungewöhnlichem Maße die Öffentlichkeit beschäftigt. Man erinnert sich noch des Komplexionsfalls zwischen der Berliner und der Magdeburger Kriminalpolizei und dem Untersuchungsrichter. Damals hatte sogar das Reichsjustizministerium eingreifen müssen. Ebenso erregte die wochenlange Inhaftierung des Großindustriellen Haas großes Aufsehen, dessen Unschuld sich schließlich herausstellte.

Das große Interesse, das die Öffentlichkeit an dem Nordprozeß Schröder nimmt, äußert sich darin, daß schon mehrere Stunden vor Beginn der Verhandlung große Menschenmassen vor dem Gerichtsgebäude warteten. Ein starkes Aufgebot uniformierter Schutzpolizei hat dauernd zu tun, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Vor der Anklagebank war eine Stafette mit einer Tafel angebracht, auf der der Plan des Nordhauses in Groß-Mottmerleben mit der Einrichtung der einzelnen Zimmer ausgezeichnet war. Auf dem Gerichtstisch lagen der Schaustanzung Schröders, den seine Schwester vom Blut gereinigt hatte, ein Paket mit dem durchschossenen Schwelb sowie mit Knochenstücken des Opfers, deren verkohlte Stellen Zeugnis dafür abgaben, daß Schröder zuerst verlor hat, die Leiche seines Opfers zu verbrennen. Geladen sind 31 Zeugen und drei Sachverständige. In einem besonderen Tisch haben Vertreter des preussischen Innenministeriums und des Justizministeriums Platz genommen. Kurz vor Beginn der Sitzung wurde der Angeklagte Schröder von einem Gefängnisbeamten und einem Schutzpolizisten gefesselt in den Anklageraum geführt. Der Angeklagte ist auffallend klein und schwächlich. Als Zeugin ist auch seine Frau, Hilde Schöde, anwesend. Auf Anordnung des Landgerichtsdirektors Löwenthal wurden dem Angeklagten während der Verhandlung die Handfesseln gelöst. Der Vorsitzende wandte sich dann in längerer Ausführungen an die Schwabworenen, in denen er die Eigenart dieses Falles hervorhob, der die Öffentlichkeit in außerordentlicher Weise beschäftigt habe. Nach dem üblichen Zeugenaufruf begann dann das Verhör des Angeklagten.

Vorfr.: Sind Sie vorbestraft? Angekl.: Jawohl, wegen fahrlässiger Tötung mit drei Monaten Gefängnis und wegen unbefugten Waffenbesitzes. Beide Strafen sind jedoch vorläufig ausgeföhrt. Vorfr.: Ihnen wird zur Last gelegt, einen Menschen, den Buchhalter Helling, ermordet und dann beraubt zu haben. Ferner sind Sie des Betruges und der Verleitung zum Meineid an der Hildegard Schöde beschuldigt. Wie ist Ihr Leben bisher verlaufen? Angekl.: Ich bin in Groß-Mottmerleben geboren und habe die Volksschule bis zum Jahre 1917 besucht. Dann bin ich zu einem Schmiedemeister in die Lehre gekommen. 1920 bin ich dann zum Militär gegangen. Dieser Beruf erschien mir sehr interessant und ich meldete mich bei den Magdeburger Pionieren, wo ich auch angenommen wurde. Vorfr.: Beschaffen Sie denn den Soldatenrock wieder ausgezogen? Angekl.: Weil ich im Oktober 1923 meine Frau, Hildegard Schöde, kennenlernte, und weil ich als Soldat doch nicht gut heiraten konnte. Vorfr.: Sagen Sie einmal, Angeklagter, weshalb ist Ihnen beim Militär ein solch schlechtes Zeugnis ausgefertigt worden? Angekl.: Ich bin mit Arrest bestraft worden, weil in unserer Kompagnie so viel unbeliebt gemacht haben; denn Sie wollten mehr erscheinen als Sie waren. Angekl.: Das möchte ich bestreiten. Ein Grund, die Reichswehr zu verlassen, war für mich auch der, daß ich die Handelschule in Magdeburg

Handel erhaltlich. Der mit beiden Seiten hergehaltene...
Heraus aus Geld und Garten.
Heraus aus Haus, Küche und Keller.
Ruhe und Erholung in...
Heraus aus Haus, Küche und Keller.